

<b>Fraktionsantrag</b>	Vorlagen-Nr.: <b>VO/5898/2017</b>
	Status: öffentlich
	Datum: 26.10.2017
Antragstellende Fraktion/en: B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:		
<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Sitzung ist</b>
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

**Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Keine Deklaration weiterer Teile der B3 als Autobahn**

Beschlussvorschlag:

die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen eine Umwidmung von Teilen der B3 zur Bundesautobahn aus.
- Der Magistrat wird aufgefordert, alle bislang unternommen Schritte zur Umwidmung der B3 zurück zu nehmen und alle diesbezüglichen Bemühungen einzustellen.

Begründung:

Die Stadt Marburg und andere Gemeinden südlich der Universitätsstadt haben in der Vergangenheit erfolgreich verhindert, dass die B3, soweit sie autobahnähnlich ausgebaut worden ist, auch förmlich als Autobahn deklariert wurde. Gegenüber Bundesautobahnen sind auf Bundesstraßen und Kraftfahrstraßen Einschränkungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit eher zulässig als auf Autobahnen. Gerade in dem jahrzehntelangen Bemühen der Stadt Marburg um eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im Marburger Stadtgebiet von 100/80 km/h auf 80/60 km/h zur Lärmreduzierung spielte die Frage der Einordnung der Straße immer eine Rolle. Dies sollte auch für die Zukunft so bleiben.

Auch die Tatsache, dass Marburg in Karten, Publikationen etc. nicht mit einem „Autobahnanschluss“ deklariert ist, kann für Marburg nur Vorteile haben. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben sich seit vielen Jahren gegen die Gefahr steigenden Durchgangsverkehrs gewandt. Diese Gefahr steigt aber, wenn der überörtliche Verkehr suggeriert bekommt, bis Marburg bestehe eine Autobahnverbindung. Des Weiteren würde eine Umwidmung die „Autobahnlücke“ zwischen Stadtallendorf und Gießen deutlich verringern. Damit könnten dann mögliche Planungen des Bundes angesichts der unklaren Finanzierung der A49-Fortführung frühere Trassenplanungen befördern, die Lücke bei der Fertigstellung der A 49 durch die Fortführung der Trasse über Marburg zu schließen. Dies

kann nicht im Sinne der Stadt Marburg und ihrer Bürger\*innen sein, die unter zunehmenden Verkehr besonders zu leiden hätten. Die aktuellen Belastungen durch Schadstoffe besonders in der Innenstadt sollten durch zusätzlichen Ziel- und Durchgangsverkehr nicht weiter verschlimmert werden.

Die bisherige Situation bietet keinerlei Nachteile, was die Erreichbarkeit Marburgs betrifft. Weder aus lokaler, regionaler oder überregionaler Sicht scheint es ein besonders positiv herausragendes Kriterium zu sein, wenn Marburg einen „Autobahnanschluss“ hätte, da gute Straßenverbindungen bereits vorhanden sind. Viel mehr Energie sollte hingegen in eine weitere Verbesserung der Bahnanbindung investiert werden. Darüber hinaus sollte bei den regionalen und überregionalen Radverkehrsverbindungen ein besserer Anschluss und Ausbau angestrebt werden. Solche Maßnahmen können das Renommee Marburgs stärken. Ein „Autobahnanschluss“ setzt dagegen das völlig falsche Zeichen.

**Hans-Werner Seitz**

**Karsten McGovern**